

Presse- Information

22. Juni 2022



Foto: IG BAU | Tobias Seifert
[Das Bild ist in Druckqualität
angehängt.
Das Foto wird zur
redaktionellen Verwendung
im Kontext der IG BAU-
Berichterstattung überlassen.
Der Abdruck des Fotos ist
honorarfrei. Auf die Nennung
vom Rechteinhaber sowie vom Fotografen kann verzichtet werden.]

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**

Bezirksverband Nordbaden

Hans-Böckler-Str. 3 • 68161 Mannheim
Telefon 06 21 – 123 46 99 – 0
Fax 06 21 – 123 46 99 – 9

Andreas Harnack 07 11 – 22 83 36
Regionalleiter Baden-Württemberg

Wolfgang Kreis
Bezirksvorsitzender

mannheim@igbau.de
www.igbau.de

Bild-Unterzeile

Lohn-Prellerei bis illegale Beschäftigung: Beamtinnen und Beamte des Zolls decken immer wieder Missstände auf. Die IG BAU fordert noch mehr Kontrollen. Außerdem brauche der Zoll mehr Personal, um die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns, der auf 12 Euro steigen soll, sicherzustellen.

„Finanzkontrolle Schwarzarbeit soll in der Stadt präsenter sein“

Geprellte Löhne: Karlsruher Zoll leitete 94 Verfahren gegen Firmen ein

Lohn-Prellerei aufgedeckt: Das Hauptzollamt Karlsruhe hat im vergangenen Jahr 94 Verfahren gegen Unternehmen in der Region eingeleitet, weil Mindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt wurden. Dabei verhängten die Beamten Bußgelder in Höhe von rund 162.000 Euro. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf eine Erhebung des Bundesfinanzministeriums für den Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD), der auch Mitglied im Finanzausschuss des Parlaments ist. Demnach entfielen zwölf Ordnungswidrigkeitsverfahren auf Baufirmen in der Region, gegen die Geldbußen von 12.900 Euro verhängt wurden.

„Die Zahlen zeigen, dass es viele Arbeitgeber mit der Bezahlung ihrer Beschäftigten nicht so genau nehmen. Der Zoll sollte daher auch in Karlsruhe noch mehr Präsenz zeigen. Das Risiko für schwarze Schafe, bei einer Kontrolle erwischt zu werden, ist noch immer zu gering“, sagt Wolfgang Kreis. Der IG BAU-Bezirksvorsitzende verweist darauf, dass die Arbeit, die auf die Zolleinheit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zukommt, mehr werde.

Denn mit der geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde stiegen ab Oktober auch die Einkommen Tausender Menschen allein in Karlsruhe. „Der Staat muss dann sicherstellen, dass die Beschäftigten den höheren Mindestlohn auch wirklich bekommen. Die wichtige und überfällige Erhöhung des unteren Lohnsockels darf nicht nur auf dem Papier gelten“, so der Vorsitzende der IG BAU Nordbaden.

Der Gewerkschafter warnt vor bloßen „Placebo-Kontrollen“, sollte das Hauptzollamt Karlsruhe die Arbeitgeber-Prüfungen nicht deutlich ausweiten. „Entscheidend ist, dass die FKS zusätzliches Personal bekommt. Das Bundesfinanzministerium als oberster Dienstherr der Zollverwaltung muss sich mit Hochdruck um neue Kontrolleure kümmern.“

Kritik übt die IG BAU zudem an einem „staatlichen Zuständigkeits-Wirrwarr“. So hätten die Arbeitsschutzbehörden beispielsweise die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und Standards bei Unterkünften ausländischer Beschäftigter im Blick. Allerdings fehle es in den Ämtern ebenfalls an Personal – obwohl sie in der Pandemie zusätzliche Aufgaben wie die Kontrolle der Corona-Vorschriften am Arbeitsplatz bekommen hätten. Die FKS des Zolls hingegen kümmere sich um die Prüfung von Lohn- oder Steuerabrechnungen. „In der Praxis wäre eine staatliche Arbeitsinspektion aus einer Hand sinnvoller. Als übergeordnete Behörde könnte sie für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte und Sozialvorschriften Sorge tragen“, so Kreis.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums kontrollierte das Hauptzollamt Karlsruhe im vergangenen Jahr insgesamt 2.008 Unternehmen in der Region – 539 davon aus der Baubranche. Im Fokus der Fahnderinnen und Fahnder standen neben Lohn-Tricksereien insbesondere auch Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuerbetrug: Insgesamt leiteten die Karlsruher Zöllner hier 4.624 Strafverfahren ein (Bau: 326).